

LNV-Bilanz über die Mitwirkung an der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg 2008-2010

Der LNV beteiligte sich von Anfang an an der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes. Zahlreiche Vertreter des LNV arbeiteten in den Projektgruppen mit. Der Vorsitzende Reiner Ehret ist Mitglied der Strategischen Koordinierungsgruppe, sein Stellvertreter Gerhard Bronner seit 2009 ebenso. In den Jahren 2008 bis 2011 übernahm Gerhard Bronner für den LNV die Koordination der Beteiligung an der Nachhaltigkeitsstrategie und war selbst in zahlreichen Projektgruppen aktiv.

Grundsätze und Struktur der Nachhaltigkeitsstrategie

Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie ist es, das Land im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung voranzubringen. Damit sollen Defizite in verschiedenen Gebieten – darunter auch dem Umweltschutz – aufgearbeitet werden. Beispielsweise ist es bisher nicht gelungen, alle Ziele des Umweltplanes umzusetzen bzw. dort überhaupt ausreichend konkrete Ziele und Maßnahmen zu verankern.

Die Nachhaltigkeitsstrategie umfasst zwei Teile. Zum einen sollen – basierend auf bestehenden Gesetzen, Plänen und Vorgaben – thematische Ziele zusammengestellt werden, die erreicht werden müssen, um Baden-Württemberg als „nachhaltig“ bezeichnen zu können. Dieser Arbeitsschritt ist abgeschlossen (siehe www.jetzt-das-morgen-gestalten.de/, Download von „Ziele einer nachhaltigen Entwicklung für Baden-Württemberg“). Insbesondere vom BUND wird bemängelt, dass diese Ziele nicht weitgehend genug und zudem nicht stringent mit nötigen Maßnahmen unterlegt sind, die in die Landespolitik integriert würden.

Der zweite und in der Praxis dominierende Teil der Nachhaltigkeitsstrategie sind einzelne Projekte, die zu eng umgrenzten Themen konkrete Schritte zu mehr Nachhaltigkeit umsetzen sollen. Projekte können von allen an der Nachhaltigkeitsstrategie beteiligten Gruppen vorgeschlagen werden, müssen aber bei einem Ministerium angesiedelt sein. Sofern Kosten für die Umsetzung der Projekte anfallen, sind diese hälftig aus den Mitteln der Nachhaltigkeitsstrategie und hälftig vom betreffenden Ressort zu tragen.

Bedingung für Projekte im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie sind:

- Das Thema ist von herausragender Bedeutung für die Zukunft des Landes.
- Es bestehen Handlungsmöglichkeiten auf Landesebene.
- Es handelt sich um ein Querschnittsthema: tangiert sind ökologische, ökonomische und gesellschaftliche Belange.
- Eine ressortübergreifende Bearbeitung ist nötig.
- Das Thema ist für die Bürger/innen relevant und kann in einem partizipativen Prozess zielorientiert behandelt werden.
- Das Thema ist tendenziell konsensfähig.
- Das Thema geht über gesetzliche Verpflichtungen und bereits vom Landtag definierte Aufträge hinaus.
- Das Thema ist aktionsbezogen bzw. umsetzungsorientiert und es können innerhalb eines Zeitraums von 12 bis 18 Monaten konkrete Ergebnisse herausgearbeitet werden.

Der Ablauf eines Projektes stellt sich typischerweise wie folgt dar:

- Eine an der Nachhaltigkeitsstrategie beteiligte Organisation entwickelt eine Projektidee und stellt einen Projektantrag. Idealerweise stimmt sie ihn bereits mit dem zuständigen Ressort ab.
- Dieser Antrag wird in die Strategische Koordinierungsgruppe eingebracht und diskutiert. Dabei wird auch geprüft, inwieweit er die Kriterien der Nachhaltigkeitsstrategie erfüllt und es werden gegebenenfalls Hinweise zur Überarbeitung gegeben.
- Bei der im Frühjahr tagenden Nachhaltigkeitskonferenz wird über den Projektantrag entschieden. Er wird angenommen oder abgelehnt.
- Im Fall der Annahme werden zu einer konstituierenden Sitzung alle beim betreffenden Thema relevanten Interessensgruppen und Behörden eingeladen. Bei dieser Sitzung werden ein Vorsitzender (ein Vertreter des federführenden Ministeriums) sowie ein Ko-Vorsitzender (in der Regel von der vorschlagenden Organisation) gewählt.
- Eventuell werden verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, die einzelne Themen bearbeiten.
- Nun haben die Beteiligten 18 Monate Zeit, um das Projekt abzuschließen. Es soll in möglichst weitgehendem Konsens ein Abschlussdokument mit Forderungen und Vorschlägen erarbeitet werden.

Ergebnisse eines Projektes können neben dem Abschlussbericht sein:

- Veröffentlichungen
- Forderungen und Vorschläge an die Politik
- Vorschläge für Umsetzungsprojekte, die im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie finanziert werden sollen.

Über die Umsetzungsprojekte wird wiederum in der Strategischen Koordinierungsgruppe und danach in der Nachhaltigkeitskonferenz entschieden.

Im Fall einer positiven Entscheidung werden die Projekte unter Federführung des zuständigen Ressorts umgesetzt.

Beurteilung Nachhaltigkeitsstrategie und Beteiligung des LNV

Die Beteiligung des LNV an der Nachhaltigkeitsstrategie erfordert einen großen zeitlichen und personellen Einsatz. Wie viel dabei herauskommt, war und ist unsicher. Von daher war die Beteiligung nicht unumstritten. Die Einschätzungen reichten von „große Chance für den Natur und Umweltschutz“ bis hin zu „Beschäftigungstherapie“ und „Feigenblatt“. Im Gegensatz zum BUND hat sich der LNV zur Teilnahme entschlossen.

Nach über drei Jahren Arbeit und aktiver Beteiligung in 13 Projekten lässt sich folgendes festhalten:

Der Output der Projekte ist von unterschiedlicher Qualität.

Der LNV hatte einen angemessenen Einfluss darauf, welche Projekte bearbeitet werden. Eine ganze Reihe vom LNV vorgeschlagener und vom LNV für sinnvoll gehaltener Projekte wurden in die Strategie aufgenommen. Die Auswahl erfolgte nach unserer Einschätzung überwiegend sachgerecht und mit hohem Sachverstand.

Neben der thematischen Relevanz wurden bei der Auswahl auch strategische Überlegungen berücksichtigt wie die Einbindung möglichst aller relevanter gesellschaftlicher Gruppen und aller Ressorts.

Es ist festzustellen, dass Themen, die über die Nachhaltigkeitsstrategie in die öffentliche Diskussion eingebracht werden, eine höhere Aufmerksamkeit im politischen Raum erfahren.

Im Rahmen der Diskussionen in den Projekten ergaben sich Kontakte zu anderen Interessensgruppen bis hin zu Kooperationen, die von erheblicher strategischer Bedeutung sind (z.B. kommunale Spitzenverbände).

Die Ergebnisse der Projekte sind sehr unterschiedlich. Manche haben sehr konkrete und wirksame Ergebnisse gebracht (kommunaler Klimaschutz), manche ergaben konstruktive Diskussionen mit unsicheren Folgen (nachhaltige Biogasnutzung), manche hatten nur Ergebnisse mit bescheidener Reichweite (Nachhaltigkeit im staatlichen Hochbau, Abfall als Ressource). Einige könnten sich zu echten Impulsprojekten entwickeln (Nachhaltigkeit im staatlich geförderten Hochbau, Wiesen und Weiden). Eine Beurteilung, wie viel die Projekte tatsächlich in der Praxis bewegen können, ist nur mittelfristig möglich.

Die Resonanz der Medien auf die Nachhaltigkeitsstrategie ist bisher bescheiden. Dies wird auch vom Umweltministerium als Manko erkannt.

Insgesamt schätzen die Hauptbeteiligten des LNV die Teilnahme an der Nachhaltigkeitsstrategie als positiv ein und plädieren für eine Fortführung. Die jetzige Nachhaltigkeitsstrategie und ihre Finanzierung läuft Mitte 2011 aus. Ob und wie sie weitergeführt wird, wird sich nach der Regierungsbildung zeigen. Seitens der vorigen Regierung und vor allem seitens des UVM bestand die Absicht der Weiterführung, aber auch struktureller Änderungen. Der LNV ist in diese Diskussionen einbezogen.

Als Ideen zur Fortführung wurden vom LNV gegenüber dem koordinierenden Institut für Organisations-Kommunikation genannt:

Ergänzung (oder Ersatz?) des zentralen Indikators Bruttonationaleinkommen durch den neuen Wohlfahrtsindex (NWI) und eventuell einen weiteren, nicht-materiellen Indikator (z.B. happy planet index).

Weiterführung der projektbezogenen Strategie, aber mit strengerer Priorisierung der Projekte.

Stringentes Monitoring und Quantifizierung der Ziele des Umweltplanes.

Aufwertung des Nachhaltigkeitsbeirates.

Eine konkrete Ergänzung, die in die richtige Richtung geht, wurde bereits umgesetzt: Gesetze und Verordnungen des Landes müssen künftig einen Nachhaltigkeitscheck durchlaufen. Dies ist eine sinnvolle und nötige Ergänzung der bisher nur projektbezogenen Struktur der Strategie. Ob der Nachhaltigkeitscheck ohne vorgegebenes Bewertungsraster und bei Bearbeitung durch das federführende Ressort etwas verändert oder ein Papiertiger bleibt, wird man sehen.

Tabellarische Übersicht über Projekte mit Beteiligung des LNV

Themenfeld 1: Zukunftsfähige Energieversorgung und -nutzung

- Kommunalen Klimaschutz (abgeschlossen)
- Stärkung der Nachhaltigkeit im staatlichen Hochbau (abgeschlossen)
- Reduzierung des Energieverbrauchs in Haushalt, Gewerbe und Industrie (abgeschlossen)
- Nachhaltigkeit im staatlich geförderten Hochbau (laufend)
- Fachforum Biogas (abgeschlossen)
- Green IT – Effizienter IT-Einsatz (abgeschlossen)
- Ökologische Denkmalpflege (begonnen)

Themenfeld 2: Produzieren und Arbeiten

- Abfall als Ressource (abgeschlossen)
- Hochwertige Lebensmittel aus unserem Land (abgeschlossen)

Themenfeld 3: Zukunftsfähige Entwicklung von Städten und Regionen

- Flächen gewinnen in Baden-Württemberg (abgeschlossen)
- Runder Tisch Radverkehr (abgeschlossen)
- Kulturlandschaft für morgen gestalten – Region Freiburg/Schwarzwald (laufend)
- Kleinstadtleben (laufend)
- Strategien für einen lärmarmen Verdichtungsraum (laufend)
- Mobilitätsmanagement (begonnen)

Themenfeld 4: Lebensqualität

- Klimawandel und biologische Vielfalt (abgeschlossen)
- Unsere Bäche und Flüsse – die Lebensadern Baden-Württembergs (abgeschlossen)
- Nachhaltiger Konsum (laufend)
- Weiterentwicklung der Schafhaltung in Baden-Württemberg (abgeschlossen)
- Wiesen und Weiden in Baden-Württemberg (laufend)

Themenfeld 5: Zukunftsfähige gesellschaftliche Entwicklung

- Bildung für nachhaltige Entwicklung (abgeschlossen)
- Lernen über den Tag hinaus - Bildung für eine zukunftsfähige Welt

Themenfeld 6: Bildung und Wissen als Motoren für eine nachhaltige Entwicklung

- Wissen und Nachhaltigkeit (abgeschlossen)

Schilderung der Projekte im einzelnen

Kommunaler Klimaschutz (abgeschlossen)

LNV-Vertreter:	Dr. Joachim Nitsch, Gerhard Bronner
Federführung:	Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
Vorsitzender:	Dr. Albrecht Rittmann, Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
Co-Vorsitzender:	Rainer Specht, Städtetag

Die Diskussionen in mehreren Arbeitskreisen waren sehr konstruktiv. Insbesondere der Städtetag gehörte zu den treibenden Kräften. Die folgenden Einzelthemen wurden bearbeitet:

Straßenbeleuchtung

Die rentable und seit vielen Jahren technisch problemlos mögliche Umrüstung der Straßenbeleuchtung von Quecksilber- auf Natriumdampfleuchten ist bei weitem noch nicht in allen Städten erfolgt. Da eine EU-Richtlinie bald den Verkauf von Quecksilberlampen verbietet, planen nun zahlreiche Kommunen die Umrüstung. Auf Initiative des Projektes wurde eine eigene Förderschiene Straßenbeleuchtung innerhalb Klimaschutz Plus eingerichtet, die nach kurzer Zeit vielfach überzeichnet war. Dies zeigt das Interesse der Kommunen.

Außerdem wurde eine Broschüre erarbeitet und (elektronisch) an alle Kommunen verschickt, in der für die Umrüstung geworben wird und in der praktische Hinweise gegeben werden.

Die LED-Technik, die möglicherweise die Zukunft auch in der Straßenbeleuchtung ist, kann derzeit noch nicht für den Breitereinsatz empfohlen werden.

Basiskonzept Klimaschutz

Es wurde eine Broschüre „Basiskonzept Klimaschutz“ erarbeitet. Darin ist festgehalten, dass jede Kommune zumindest ein kommunales Energiemanagement betreiben sollte. Was darunter zu verstehen ist, ist kurz erläutert und es werden Hinweise für darüber hinaus gehendes Engagement gegeben. An diesem Auftrag müssen sich Kommunen künftig messen lassen.

Contractingleitfaden

Contracting ist eine Chance, bei klammen Kommunalfinzen anspruchsvolle und rentable Energieprojekte zu realisieren. Was dabei zu beachten ist, ist in einer Handreichung zusammengestellt, die im Rahmen des Projektes erarbeitet wurde.

CO₂-Tool

Wenn eine Gemeinde Klimaschutzpolitik betreibt, so möchte sie in der Realität auch wissen, was dabei herauskommt. Bisher hat sie jedoch keine geeignete Datengrundlage, um ihre CO₂-Bilanz zu ermitteln. Zwar konnte hier im Rahmen des Projektes noch keine Lösung gefunden werden. Doch hat das Umweltministerium auch nach Projektabschluss daran weitergearbeitet und das Institut für Energie- und Umweltforschung (IFEU) beauftragt, ein CO₂-Tool zu entwickeln, mit dessen Hilfe Gemeinden CO₂-Bilanzen erstellen können. Erste Ergebnisse liegen vor, es muss aber daran noch weitergearbeitet werden.

Klimaschutz Plus

Es wurden Vorschläge für eine Optimierung dieses Förderprogramms erarbeitet.

Einschätzung:

Insgesamt kann das Projekt als erfolgreich angesehen werden. Ob es reale Wirkungen zeitigt, hängt davon ab, inwieweit die Kommunen die in den Umsetzungsprojekten enthaltenen Themen tatsächlich angehen. An der Umrüstung der Straßenbeleuchtung (und dem einschlägigen Förderprogramm) sind sehr viele Kommunen interessiert. Dabei spielt eine wesentliche Rolle, dass Quecksilberdampflampen bald nicht mehr gehandelt werden dürfen. Eine Umfrage unter den Gemeinden hinsichtlich eines systematischen Energiemanagements hat dagegen sehr ernüchternde Ergebnisse gebracht.

Ansätze für weitergehende Aktivitäten des LNV:

Es wäre zu überlegen, ob eine Internetplattform aufgebaut werden sollte, in der das Engagement der Kommunen dokumentiert wird. Wenn analog zur Solarbundesliga Kommunen sich nicht nur selbst melden können, sondern z.B. durch Dritte gemeldet werden können, entstünde wohl deutlicher Beteiligungsdruck. Dieses Thema sollte mit den Kommunalverbänden und dem Umweltministerium diskutiert werden, auch hinsichtlich der Finanzierung.

Abschlussbericht:

www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35951/1Abschlussbericht_Kommunaler-Klimaschutz.pdf?command=downloadContent&filename=1Abschlussbericht_Kommunaler-Klimaschutz.pdf

Basiskonzept Klimaschutz in Kommunen :

www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35951/2Basiskonzept_Klimaschutz_in_Kommunen.pdf?command=downloadContent&filename=2Basiskonzept_Klimaschutz_in_Kommunen.pdf

Handreichung Contracting:

www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35951/3Handreichung_Contracting.pdf?command=downloadContent&filename=3Handreichung_Contracting.pdf

Handreichung Straßenbeleuchtung:

www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35951/4Handreichung_Strassenbeleuchtung.pdf?command=downloadContent&filename=4Handreichung_Strassenbeleuchtung.pdf

Stärkung der Nachhaltigkeit im staatlichen Hochbau (abgeschlossen)

LNV-Vertreter:	Keine
Federführung:	Finanzministerium
Vorsitzender:	Thomas Knödler, Finanzministerium
Co-Vorsitzender:	Prof. Thomas Lützkendorf, Universität Karlsruhe

Im Rahmen des Projektes wurde eine Broschüre erarbeitet, in der dargelegt wird, wie die staatliche Vermögens- und Hochbauverwaltung Nachhaltigkeitsaspekte bei Bau und Betrieb von Immobilien berücksichtig und zukünftig berücksichtigen will. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf Energiefragen, aber auch Aspekte wie umweltfreundliche Baustoffe, Rückbaufähigkeit und Nutzungsqualität werden behandelt.

Folgende Umsetzungsprojekte sind vorgesehen:

- Zwei staatliche Bestandsgebäude sollen auf Passivhausstandard saniert werden.
- Bei zwei Neubauvorhaben sollen Lebenszyklusanalysen erstellt und für die Optimierung des Planungsprozesses herangezogen werden.
- Es soll eine Checkliste für die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten erarbeitet werden, die bei allen staatlichen Hochbaumaßnahmen verwendet wird.
- Zwei Neubauvorhaben sollen testweise nach dem Standard der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB) zertifiziert werden.
- Über Informationsveranstaltungen sollen Mitarbeiter der staatlichen Liegenschaftsverwaltung für Nachhaltigkeitsaspekte sensibilisiert und geschult werden.

Einschätzung:

Das Projekt selbst hat eher magere Ergebnisse erbracht. Es bleibt abzuwarten, ob die Umsetzungsprojekte tatsächlich eine Breitenwirkung für den gesamten staatlichen Hochbau entfalten.

Ansätze für weitergehende Aktivitäten des LNV:

Beobachtung der Umsetzungsprojekte.

Broschüre:

www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35955/Nachhaltigkeit_im_Staatlichen_Hochbau.pdf?command=downloadContent&filename=Nachhaltigkeit_im_Staatlichen_Hochbau.pdf

Reduzierung des Energieverbrauchs in Haushalt, Gewerbe und Industrie (abgeschlossen)

LNV-Vertreter: Olaf Hildebrandt (ebök Institut für angewandte Effizienzforschung GmbH)

Federführung: Wirtschaftsministerium

Vorsitzender: Karl Greißing, Wirtschaftsministerium

Co-Vorsitzender: Beate Weiser, Verbraucherzentrale Baden-Württemberg

Thema des Projektes war die Aufdeckung der Potenziale für eine höhere Energieeffizienz. Als Ergebnis wurden die folgenden Maßnahmen vorgeschlagen, die derzeit in Arbeit sind:

1.) Sanierungsstandard Baden-Württemberg

Ein riesiges Energiesparpotenzial liegt in der Sanierung des Gebäudebestandes. Dieses Potenzial wird derzeit nicht ausreichend schnell und gut erschlossen. Deshalb soll ein „Sanierungsstandard Baden-Württemberg“ erarbeitet werden. Er soll Inhalte und Ablauf der energetischen Gebäudesanierung festlegen und hierzu Werkzeuge im Internet bereitstellen. Inhaltlich wurde der bereits etablierte „Stuttgarter Sanierungsstandard“ herangezogen, der über ein Kommunikationskonzept in die Breite getragen werden soll.

Im Internet soll ein Rechentool bereitgestellt werden, das dem Hausbesitzer eine Einschätzung des energetischen Standards seines Hauses erlaubt. Mit Informations- und Motivationsmaterialien soll für die Altbausanierung geworben werden. In den Jahren 2009 und 2010 sollen 50 Informationsveranstaltungen stattfinden.

2.) Innovative Stromrechnung

Stromrechnungen sind derzeit nicht sehr aussagekräftig und nur schwer zu verstehen. Deshalb wurde 2009 ein Wettbewerb durchgeführt, bei dem innovative Stromrechnungen gefunden werden sollen. Sie sollen grafisch ansprechend gestaltet sein und dem Haushalt Rückmeldungen zur Entwicklung seines Stromverbrauches und zum Vergleich mit anderen Haushalten geben. Damit sollen sie zur Motivation beitragen, vorhandene Stromsparpotenziale auszuschöpfen. Mit der Organisation des Wettbewerbs wurde das Institut für Energie- und Umweltforschung beauftragt.

3.) Energetische Optimierung von Gewerbegebieten

In Gewerbegebieten bestehen Potenziale, durch Kooperation verschiedener Betriebe Energie einzusparen. Betriebe mit Abwärmeüberschuss könnten z.B. Nachbarbetriebe mit Heizenergie versorgen. Dadurch sind höhere Einsparungen denkbar als bei rein einzelbetrieblicher Optimierung. Diese Vorgehensweise soll an zwei Beispielgebieten in Achern und Ludwigsburg getestet werden.

4.) Hocheffiziente Heizungspumpen

Das Potenzial zum Energiesparen bei Heizungspumpen wird noch nicht ausgenutzt. Obwohl Hocheffizienzpumpen hochrentabel sind, werden noch zu oft Pumpen mit schlechten Wirkungsgraden eingebaut oder nicht ausgetauscht. Ende November fand zu diesem Thema ein Workshop mit Fachleuten statt. Die Ergebnisse sollen nun durch Pumpenhersteller, Handwerker und Energieversorger in die Breite getragen werden.

Einschätzung:

Das Projekt hat konkrete und durchaus wichtige Themen behandelt und Umsetzungsprojekte angestoßen, die teilweise bereits umgesetzt wurden oder in Umsetzung sind.

Ansätze für weitergehende Aktivitäten des LNV:

Die weitere Entwicklung in den o.g. Themen sollte konstruktiv begleitet werden. Möglicherweise könnte der LNV durch geeignete Öffentlichkeitsaktionen das Thema der Planungs- und Ausführungsqualität bei Energiesanierungen bearbeiten. Besonders gute bzw. schlechte Projekte können öffentlich gelobt bzw. angeprangert werden.

Abschlussbericht: www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35910/Projektabschlussbericht.pdf?command=downloadContent&filename=Projektabschlussbericht.pdf

Nachhaltigkeit im staatlich geförderten Hochbau (laufend)

LNV-Vertreter: Dr. Gerhard Bronner
Federführung: Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
Vorsitzender: Martin Eggstein, Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
Co-Vorsitzender: Dr. Gerhard Bronner, Landesnaturschutzverband

Es existieren zahlreiche staatliche Förderprogramme für den Bau von Gebäuden. Kommunale Gebäude erhalten Zuschüsse, es gibt die Wohnbauförderung und die Städtebauförderung und fast jedes Ministerium hat ein Programm zum Bau von Hochschulen, Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern etc.

Im Projekt soll versucht werden, in diesen Förderprogrammen Nachhaltigkeitskriterien zu verankern, um auf diese Weise Nachhaltigkeit in einem großen Marktsegment zu erreichen. In Vorarlberg ist dies bereits gelungen. Dabei sollen nicht neue Standards entwickelt werden, sondern man möchte sich an bestehende Standards anlehnen (DGNB, Baubook etc.). Vertreter des Österreichischen Energieinstituts und der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen haben bereits in der Projektgruppe referiert und ihre jeweiligen Systeme vorgestellt.

Das Projekt wurde vom Landesnaturschutzverband, unterstützt von Städtetag, Ingenieurs- und Architektenkammer vorgeschlagen.

Einschätzung:

Die betroffenen Ministerien stehen der Idee des nachhaltigen Bauens offen gegenüber, verbindlichen Vorgaben aber überwiegend ablehnend. Die Wohnungswirtschaft lehnt die Grundidee bisher ab. Seitens des Umwelt- und Wirtschaftsministeriums (Abt. Energie) und auch seitens der Kammern der Architekten und Ingenieure und des Städtetags wird sehr engagiert agiert.

In einem Workshop wurden rund zehn Nachhaltigkeitskriterien definiert, die in den Förderprogrammen berücksichtigt werden können. Die deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen hat diese Kriterien operationalisiert. Werkzeuge zu Anwendung und Kontrolle sollen im Umsetzungsprojekt entwickelt werden.

Wenn die Projektidee gelingt, wäre dies ein gewaltiger Schritt hin zu mehr Nachhaltigkeit, da schätzungsweise 20 % des gesamten Baumarktes erfasst würde.

Ansätze für weitergehende Aktivitäten des LNV:

Lobbying für die Umsetzung beider neuen Regierung.

Projektsteckbrief:

www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/42633/Nachhaltigkeit_staatl_gefoerd_Hochbau_Projektsteckbrief.pdf?command=downloadContent&filename=Nachhaltigkeit_staatl_gefoerd_Hochbau_Projektsteckbrief.pdf

Fachforum Biogas (abgeschlossen)

LNV-Vertreter: Dr. Gerhard Bronner
Federführung: Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz
Vorsitzender: Joachim Hauck, Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz
Co-Vorsitzender: Otto Körner, Fachverband Biogas

Das Projekt wurde von Landesnaturschutzverband, NABU und Fachverband Biogas gemeinsam vorgeschlagen. Zunächst wurde diskutiert und durch eine Art Umfrage erhoben, welche Themen von den Teilnehmern am meisten für die Behandlung gewünscht wurden. Danach wurden mehrere Arbeitsgruppen gebildet.

In Arbeitsgruppe 1 wurde die Bereitstellung von Gärsubstraten durch Biomasseanbau und Nutzung landwirtschaftlicher Flächen diskutiert. Diese Arbeitsgruppe wurde geleitet vom NABU-Vorsitzenden Dr. Andre Baumann.

In Arbeitsgruppe 2 ging es um die Bereitstellung von Gärsubstraten durch Koppel- und Nebenprodukte wie z.B. Trester, kommunales Grün, Landschaftspflegegut, Bioabfälle etc. Hier ging es insbesondere um die Schadstoffproblematik, Qualitätssicherung, rechtliche Fragen, Hemmnisse und Genehmigungen. Arbeitsgruppenleiter war Wolfgang Burger vom Regierungspräsidium Freiburg.

Arbeitsgruppe 3 behandelte die Systemanalyse der Biogaserzeugung. Man diskutierte über Standorteignung, die Klimabilanz in verschiedenen Varianten, Energieeffizienz, Wärmenutzungskonzepte und Ökobilanzen. Arbeitsgruppenleiter war Manfred Dederer vom Bildungs- und Wissenszentrum Boxberg (Landesanstalt für Schweinezucht, LSZ).

Als Ergebnis der Arbeitsgruppe 2 wurde sehr klar dargelegt, wo die Hemmnisse für eine weitergehende Nutzung der Restsubstrate liegen, die von allen eigentlich für sinnvoll und vorrangig angesehen wird. Es wurde aufgelistet, was sich auf gesetzgeberischer Ebene und in den Behörden hierzu ändern muss.

Die Beratungen in den Arbeitsgruppen 1 und 3 flossen in ein Papier ein, in dem Mindestanforderungen an eine nachhaltige Biogasnutzung definiert werden. Nach allgemeiner Einschätzung erfüllen zahlreiche der bestehenden Anlagen diese Anforderungen nicht und sollten nachgebessert werden. Das Papier wird im Rahmen eines Umsetzungsprojekts in einen „Leitfaden nachhaltige Biogasnutzung“ für die Beratung umgesetzt.

Dabei ging es neben der betrieblichen Rentabilität insbesondere um folgende Kriterien:

- Mindestenergieeffizienz
- sehr geringer Methanschlupf, Gärrestlagerabdichtung
- gute Klimabilanz
- Erhaltung von Extensivnutzungen (z.B. FFH-Grünland)
- Anforderung an Standorteignung

Es wurde ein Auftrag an die Politik zur Nachbesserung im Erneuerbare-Energieen-Gesetz (EEG) formuliert, um Fehlsteuerungen zu vermeiden.

Vorbildliche Anlagen sollen kommuniziert werden und es sollen gute Beispiele für Nachrüstungen realisiert werden.

Für den Biomasseanbau soll ein Beratungsmodul ausgearbeitet werden, das insbesondere auf mögliche Konflikte mit Naturschutzbelangen eingeht.

Bisher gibt es verschiedene Modellrechnungen zur Klimabilanz von Biogasanlagen. Es gibt aber noch kein einfach zu handhabendes Werkzeug, mit dem eine konkrete Anlage berechnet und bewertet werden kann. An einem solchen Excel-Tool arbeitet der Unterzeichner, es ist aber noch nicht abgeschlossen und auch noch nicht in der Praxis getestet.

Einschätzung:

Inhaltlich bestand ein weitgehender Konsens und die Ergebnisse sind gut. Die Frage ist, welche Rolle sie in der Praxis spielen werden, wenn die betriebswirtschaftlichen und Förder-Rahmenbedingungen in eine andere, nicht-nachhaltige Richtung weisen. Wird man dann auch Ordnungsrecht anwenden müssen? Beim EEG hat sich gezeigt, dass einmal getroffene ungünstige Entscheidungen nur sehr zögerlich wieder korrigiert werden.

Ansätze für weitere Aktivitäten des LNV:

Das Excel-Tool zur Klimabilanzierung sollte fertig gestellt und in der Praxis getestet werden. Im Fall der Bewährung sollte es z.B. im Rahmen der Biogasberatung dazu verwendet werden, Anlagen und Anlagenkonzepte klimatisch zu optimieren.

Am EEG besteht dringender Änderungsbedarf. Dieser sollte über die Bundesebene (DNR) lobbyiert werden.

Wo Gesetze die Verwendung von Reststoffen als Substrat behindern, sollte auch der LNV sich einsetzen, hier sachgerechtere Lösungen zu finden.

Besonders dringend ist, künftig Biodiversitätsverluste durch Biogasanlagen zu vermeiden, darunter insbesondere die Zerstörung und Verschlechterung rechtlich geschützter Flächen. Der LNV sollte konsequent bei jeder Biogasplanung die parzellengenaue Abprüfung solcher Aspekte einfordern.

Green IT – Effizienter IT-Einsatz (laufend)

LNV-Vertreter:	Keine
Federführung:	Innenministerium
Vorsitzender:	Eberhard Wurster, Innenministerium
Co-Vorsitzender:	Jörg Theegarten, Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg

Das Projekt verfolgt das Ziel, in einem Projekt den Energieeinsatz für die IT-Infrastruktur kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie in Behörden aufzudecken und zu optimieren. In drei Phasen werden dazu Anweisungen für die tägliche Praxis erarbeitet, wie sich – ohne größere zusätzliche Kosten - deutliche Einsparungen realisieren lassen. Dabei wird die bestehende Infrastruktur weitestgehend beibehalten.

In der ersten Phase sollen dazu der Energieverbrauch einzelner IT-Komponenten erfasst und der gesamte Energieverbrauch der IT-Infrastruktur der Organisation beschrieben werden.

In der zweiten Phase werden Verbesserungsvorschläge zu Handlungsanweisungen zusammengeführt und in Form eines Leitfadens dokumentiert.

In der dritten Phase wird der Leitfaden dann in den einzelnen Organisationen kommuniziert und schrittweise umgesetzt. Parallel werden die energetischen Auswirkungen gemessen und abschließend eine Bilanz über den Erfolg gezogen. Darüber hinaus werden Energieeffizienzaudits auf Grundlage des Leitfadens auf freiwilliger Basis angeboten.

Ein Flyer zu Green IT für den Privatgebrauch wurde erarbeitet. Derzeit wird am Leitfaden für das Gewerbe gearbeitet.

Projektsteckbrief:

www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/42594/GreenIT-Projektsteckbrief.pdf?command=downloadContent&filename=GreenIT-Projektsteckbrief.pdf

Abfall als Ressource (abgeschlossen)

LNV-Vertreter: Dr. Gerhard Bronner
Federführung: Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
Vorsitzender: Dr. Albrecht Rittmann, Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
Co-Vorsitzender: Winfried Golla, Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI)

Ziel des Projektes ist es, eine Optimierung der energetischen und wertstofflichen Nutzung von Abfällen zu erreichen. Hierzu wurden Hemmnisse (z.B. Akzeptanz abfallwirtschaftlicher Anlagen, Anforderungen an Materialeigenschaften) und Strategien zu deren Überwindung diskutiert. Folgende Handlungsfelder wurden gefunden:

Stoffliches Recycling von Bauabfällen: Vielfach könnten Baustoffe höherwertig verwertet werden und daraus neue Baustoffe hergestellt werden, wenn es nicht gegen Recyclingbaustoffe erhebliche rechtliche und psychologische Vorbehalte gäbe. Diese Vorbehalte sollen z.B. durch das Qualitätssicherungssystem für Recyclingbaustoffe abgebaut werden.

Thermische Restmüllanlagen: Diese Anlagen produzieren große Abwärmemengen, die verwertet werden könnten, wenn geeignete Abnehmer in der Umgebung vorhanden wären. Um diese Potenziale zu erschließen, müssten solche Anlagen aber benachbart zu Siedlungen gebaut werden, was auf Akzeptanzprobleme stößt.

Ersatzbrennstoffe: Ähnlich ist die Thematik bei Ersatzbrennstoffen. Am Beispiel eines geplanten Projektes (Zementwerk Schelklingen) wurde jedoch klar, dass für eine korrekte Ökobilanz sehr viele Aspekte berücksichtigt werden müssen. Insbesondere geht es auch darum, dass nicht bestehende, sinnvolle Verwertungswege abgeschnitten werden sollen. Aus diesem Grund hat man davon Abstand genommen, dieses Projekt als Leuchtturmprojekt zu propagieren.

Energetische Nutzung von Altholz: Dies wird nur dann für sinnvoll gehalten, wenn neben der Stromerzeugung auch die Wärme genutzt wird. Dies ist bisher nicht immer gegeben, soll aber bei neuen Projekten (Fernwärme Ulm GmbH) berücksichtigt werden.

Bio- und Grünabfälle: Hier besteht ein energetisches Nutzungspotenzial, wenn die Kompostierung durch eine Vergärung ersetzt wird. Hierzu gibt es rechtliche Hemmnisse, die angegangen werden sollen.

Als konkretes Folgeprojekt sollen durch einen Gutachter Optimierungsmaßnahmen im Bereich Baustoffrecycling erhoben werden.

Einschätzung:

Inhaltlich gab es zwar Differenzen insbesondere hinsichtlich des Schelklinger Projektes, mit den Ergebnissen kann der LNV aber sehr gut leben. Ob freilich das Projekt selber positive Impulse gegeben hat oder nur den Stand und laufende Aktivitäten referiert und bewertet, ist offen. Immerhin scheint etwas Dynamik in das Thema Vergärung von Grünabfällen gekommen zu sein.

Ansätze für weitere Aktivitäten des LNV:

Der LNV sollte sich auf Kreisebene dafür einsetzen, dass die Kompostierung von Bioabfällen aus der Biotonne abgelöst wird durch eine Vergärung und die anschließende landwirtschaftliche Verwertung – direkt oder nach einer anschließenden Kompostierung.

Die Beurteilung von Projekten der thermischen Abfallverwertung sollte seitens des Naturschutzes in genauer Kenntnis der Vor- und Nachteile erfolgen. Die frühere undifferenzierte Ablehnung solcher Anlagen (Müllverbrennungsanlagen) ist nicht mehr zeitgemäß.

Die Bemühungen zum weitergehenden Recycling von Baustoffen werden bereits bisher vom LNV unterstützt. Sinnvolle Aktivitäten wären die systematische Prüfung von Ausschreibungen auf Klauseln, die Recyclingbaustoffe diskriminieren. Danach müsste politische Lobbyarbeit geleistet werden, dass solche Klauseln künftig unterbleiben. Mögliche Partner wären hier die kommunalen Spitzenverbände.

Projektabschlussbericht:

[www2.um.baden-](http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35960/Projektabschlussbericht.pdf?command=downloadContent&filename=Projektabschlussbericht.pdf)

[wuerttemberg.de/servlet/is/35960/Projektabschlussbericht.pdf?command=downloadContent&filename=Projektabschlussbericht.pdf](http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35960/Projektabschlussbericht.pdf?command=downloadContent&filename=Projektabschlussbericht.pdf)

[www2.um.baden-](http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35960/Projektabschlussbericht_Kurzfassung.pdf?command=downloadContent&filename=Projektabschlussbericht_Kurzfassung.pdf)

[wuerttemberg.de/servlet/is/35960/Projektabschlussbericht_Kurzfassung.pdf?command=downloadContent&filename=Projektabschlussbericht_Kurzfassung.pdf](http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35960/Projektabschlussbericht_Kurzfassung.pdf?command=downloadContent&filename=Projektabschlussbericht_Kurzfassung.pdf)

Hochwertige Lebensmittel aus unserem Land (abgeschlossen)

LNV-Vertreter:	keine
Federführung:	Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz
Vorsitzender:	Joachim Hauck, Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz
Co-Vorsitzender:	Prof. Dr. Reiner Doluschitz, Universität Hohenheim

Ziele des Projektes waren:

Für hochwertige Lebensmittel aus unserem Land soll insgesamt eine Kommunikations- und Marketing-Strategie entwickelt werden.

Die Bereiche Natur, Ökologie, Kulturlandschaft, Regionalität, Gesundheit sollen in den Mittelpunkt gestellt werden.

Folgende Kommunikationsmaßnahmen wurden hierzu durchgeführt und intensiviert:

Aktion „Gläserne Produktion“ unter neuer Ausrichtung auf die Nachhaltigkeitsstrategie mit zahlreichen Veranstaltungen. 2008 wurden 500.000 Personen erreicht.

Auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Verkaufsförderungsaktionen für regionale Lebensmittel im Lebensmitteleinzelhandel, unter anderem mit Kochstudios auf verschiedenen Verbraucherausstellungen zur Vermittlung der Nachhaltigkeit der regionalen Land- und Ernährungswirtschaft.

Dabei bestand der Anspruch, dass die beteiligten landwirtschaftlichen Betriebe ihr Management und ihre Produktionsverfahren nach den Kriterien der Nachhaltigkeit überprüfen. Insbesondere ging es um Effizienz in der Düngung und im Pflanzenschutz bzw. um eine nachhaltige Nutztierhaltung. Kriterien sind vor allem die Erhaltung der Biodiversität, die Energieeffizienz und die allgemeine Ressourcenschonung.

Einschätzung:

Ob die reine Absatzförderung für Produkte aus dem Ländle der Nachhaltigkeit dient, sei dahingestellt. Der Ansatz, die Verbraucher direkt mit den landwirtschaftlichen Betrieben in Kontakt zu bringen, ist sicher sinnvoll. Durchaus wünschenswert ist es, dass die konkrete messbare Nachhaltigkeit bei den beteiligten Betrieben thematisiert wird, da es hier auch im Ländle noch erheblichen Verbesserungsbedarf gibt. Inwieweit dies tatsächlich funktioniert hat, ist unbekannt.

Ansätze für weitere Aktivitäten des LNV:

Die politische Arbeit des LNV sollte in die Richtung gehen, objektive Nachhaltigkeitskriterien landwirtschaftlicher Betriebe zu betonen. Auf geeignete Weise sollten Betriebe dazu motiviert werden, solche Werte zu erheben und damit sich selbst besser einschätzen und mit anderen Betrieben vergleichen zu können. Beispielsweise könnte dies von Betrieben, die Investitionszuschüsse erhalten und solchen, die besonders kommunikativ tätig sind (Gläserne Produktion), eingefordert werden.

Geeignete Kriterien sind:

- Stickstoffbilanz
- Indikator für Pflanzenschutzinsatz
- Indikator für Energieeffizienz und Klimaeffizienz
- Indikator für Artenvielfalt
- Indikator für die Beteiligung an Agrarumweltprogrammen

Systeme, die solche Indikatoren erheben, sind z.B. USL (Umweltsicherungssystem Landwirtschaft) oder das Ökoaudit.

Abschlussbericht:

[www2.um.baden-](http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35959/Hochwertige_Lebensmittel_Abschlussbericht.pdf?command=downloadContent&filename=Hochwertige_Lebensmittel_Abschlussbericht.pdf)

[wuerttemberg.de/servlet/is/35959/Hochwertige_Lebensmittel_Abschlussbericht.pdf?command=downloadContent&filename=Hochwertige_Lebensmittel_Abschlussbericht.pdf](http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35959/Hochwertige_Lebensmittel_Abschlussbericht.pdf?command=downloadContent&filename=Hochwertige_Lebensmittel_Abschlussbericht.pdf)

Flächen gewinnen in Baden-Württemberg – Flächenmobilisierung in der Innenentwicklung (abgeschlossen)

LNV-Vertreter: Reiner Ehret
Federführung: Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
Vorsitzender: Dr. Albrecht Rittmann, Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
Co-Vorsitzender: Reiner Ehret, Landesnaturschutzverband

Das Bündnis „Flächen gewinnen“ bestand bereits vor Einrichtung der Nachhaltigkeitsstrategie. Aus diesem Aktionsbündnis heraus wurde die Projektgruppe „Flächenmobilisierung in der Innenentwicklung“ gebildet. Zwei aus diesem Kreis gebildete Arbeitsgruppen bearbeiteten die Projekte Strategien und Prozesse zur Flächenmobilisierung (Teilprojekt A) Stärkung und Bündelung der finanziellen Anreizsysteme des Landes für die Innenentwicklung (Teilprojekt B)

Im Teilprojekt A wurden zusammen mit elf Kommunen erfolgreiche Projekte der Innenentwicklung recherchiert und bewertet. Daraus wurden Erfolgsfaktoren abgeleitet. Die Ergebnisse sind in der Broschüre "Bausteine einer erfolgreichen Innenentwicklung – Empfehlungen aus der kommunalen Praxis" zusammengestellt. Diese auch im Internet verfügbare Broschüre enthält konkrete Handreichungen für die mit Innenentwicklung befassten Zielgruppen, insbesondere für kommunale Entscheidungsträger (www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/63246/Bausteine_erfolgreichen_Innenentwicklung.pdf?command=downloadContent&filename=Bausteine_erfolgreichen_Innenentwicklung.pdf)

Im Teilprojekt B wurden bestehende Förderprogramme auf Optimierungsmöglichkeiten hinsichtlich des Flächensparens untersucht. Es wurde festgestellt, dass manche Programme bereits Flächensparen begünstigen, aber mehr wünschenswert wäre. Die Idee einer Integration der Programme oder der Einrichtung eines programmübergreifenden „Flächensparbonus“ fand keine Mehrheit. Stattdessen sollten die Einzelprogramme optimiert werden. Da nach Ansicht der Ressorts hier die Möglichkeiten weitgehend ausgeschöpft sind, wurde ein zusätzliches Flächensparförderprogramm avisiert. Als Testlauf sollen 20 Pilotprojekte mit insgesamt 800.000 € gefördert werden.

Im Projekt wurden außerdem ein von Städtetag und Landesnaturschutzverband gemeinsam erarbeitetes Positionspapier diskutiert sowie ein Werkzeug zur Wirtschaftlichkeitsberechnung von Außen- versus Innenentwicklung besprochen (Fokos-BW), das mittlerweile den Kommunen zur Nutzung zur Verfügung steht.

Einschätzung:

Das Projekt brachte während der Projektbearbeitung wertvolle Kontakte zu den am Flächenverbrauch „Beteiligten“ Insbesondere die Kontakte zu den kommunalen Landesverbänden wurden intensiviert – der Gemeindetag allerdings spielte dabei keine sehr unterstützende Rolle! Die Wirkung der Beschlussfassungen wird sich erst im Laufe der nächsten Zeit realistisch zeigen. Entscheidend wird sein, wie die Kommunen den Empfehlungen der Projektgruppe folgen werden. Auch die Aktivität des Aktionsbündnisses „Flächen gewinnen“ wird eine bedeutende Rolle spielen.

Ansätze für weitere Aktivitäten des LNV:

Wir werden unseren Vorschlag „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ erneut vorbringen müssen. Dieser zielt darauf ab, statt der alleinigen Appelle ordnungspolitische Regeln aufzustellen, mit denen die Gemeinden z. B. dazu **v e r p f l i c h t e t** werden, eine Kartierung der Flächen im Innenraum zu erstellen, bevor jegliche Änderung an der Bauleitplanung genehmigt wird. Auch davon sollte abhängig sein, ob und wie sich der LNV weiter im Aktionsbündnis einbringt.

Abschlussbericht:

[www2.um.baden-](http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35961/Abschlussbericht_Flaechen_gewinnen.pdf?command=downloadContent&filename=Abschlussbericht_Flaechen_gewinnen.pdf)

[wuerttemberg.de/servlet/is/35961/Abschlussbericht_Flaechen_gewinnen.pdf?command=downloadContent
&filename=Abschlussbericht_Flaechen_gewinnen.pdf](http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35961/Abschlussbericht_Flaechen_gewinnen.pdf?command=downloadContent&filename=Abschlussbericht_Flaechen_gewinnen.pdf)

[www2.um.baden-](http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35961/Flaechenmobilisierung.pdf?command=downloadContent&filename=Flaechenmobilisierung.pdf)

[wuerttemberg.de/servlet/is/35961/Flaechenmobilisierung.pdf?command=downloadContent&filename=Flaechenmobilisierung.pdf](http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35961/Flaechenmobilisierung.pdf?command=downloadContent&filename=Flaechenmobilisierung.pdf)

[www2.um.baden-](http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35961/Flaechenmobilisierung.pdf?command=downloadContent&filename=Flaechenmobilisierung.pdf)

[wuerttemberg.de/servlet/is/35961/Flaechenmobilisierung.pdf?command=downloadContent&filename=Flaechenmobilisierung.pdf](http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35961/Flaechenmobilisierung.pdf?command=downloadContent&filename=Flaechenmobilisierung.pdf)

Runder Tisch Radverkehr (abgeschlossen)

LNV-Vertreter:	keine
Federführung:	Innenministerium
Vorsitzender:	Rudolf Köberle, Innenministerium
Co-Vorsitzender:	Thomas Baur, ADFC

Der „Runde Tisch Radverkehr“ bestand bereits vor der Nachhaltigkeitsstrategie, wurde aber als ein Projekt dieser Strategie weitergeführt und abgeschlossen. Ziel ist es, Baden-Württemberg zum Fahrradland Nr. 1 zu machen. Dazu sollen das Fahrradklima verbessert, der Fahrradanteil am Gesamtverkehr verdoppelt, die Fahrleistungen im Radverkehr erhöht, die Fahrradinfrastruktur optimiert und die Verkehrssicherheit stetig verbessert werden.

Die folgenden Themen wurden im Projekt behandelt:

- Prima Fahrradklima - Spaß am Radfahren im Land
- Fahrradmanagement in Baden-Württemberg
- Radverkehrsnetze
- Finanzierung der Infrastruktur
- Fahrradtourismus
- Sicherheit
- Recht und Gesetz - ein moderner Ordnungsrahmen für den Radverkehr
- Das Fahrrad im Alltag - jeden Tag die erste Wahl
- Radfahrer sind gesünder - Gesundheitsprävention mit dem Fahrrad
- Öffentlicher Verkehr und Radverkehr

Der Runde Tisch hat eine umfangreiche Liste von Handlungsempfehlungen erarbeitet. Teilweise sind die geplanten Aktivitäten bereits in Umsetzung durch das Innenministerium. Mittlerweile wurde eine „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK)“ gegründet.

Einschätzung:

Das Ziel, Baden-Württemberg zum Fahrradland Nr. 1 zu machen, ist sehr ambitioniert und eher nicht realistisch. Es wäre aber schon viel erreicht, wenn durch die weitgehende Umsetzung der Maßnahmenvorschläge wesentliche Verbesserungen erreicht würden. Dabei sollte der Fokus auf kommunikativen Maßnahmen liegen, da die Hemmnisse für eine weitergehende Fahrradnutzung weniger in der Infrastruktur als in eingefahrenen Verhaltensweisen und Wertvorstellungen liegen.

Ansätze für weitere Aktivitäten des LNV:

Derzeit nicht nötig.

Abschlussbericht:

www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35962/Abschlussbericht.pdf?command=downloadContent&filename=Abschlussbericht.pdf

Handlungsleitlinien:

www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35962/Anlage_Handlungsleitlinien.pdf?command=downloadContent&filename=Anlage_Handlungsleitlinien.pdf

Kulturlandschaft für morgen gestalten – Region Freiburg/Schwarzwald (laufend)

LNV-Vertreter:	Dr. Karl-Ludwig Gerecke, Dr. Gerhard Bronner
Federführung:	Regierungspräsidium Freiburg / Peter Schach, Schach-Consult
Vorsitzender:	Julian Würtenberger, Regierungspräsidium Freiburg
Co-Vorsitzender:	Dr. Karl-Ludwig Gerecke, Schwarzwaldverein / LNV

Das Projekt wurde auf Initiative des Schwarzwaldvereins vom LNV vorgeschlagen. Es ist in Lenzkirch angesiedelt; die Gemeinde Lenzkirch unterstützt das Projekt. Die zu behandelnden Themen wurden in einem breiten Prozess mit den örtlichen Teilnehmern diskutiert.

Am 20. Oktober 2009 fand unter Vorsitz von Herrn Regierungspräsidenten Julian Würtenberger die Auftaktveranstaltung statt, bei der das Projekt der Lenzkircher Bevölkerung vorgestellt wurde. Zentrale Ideen sind die Erarbeitung eines gemeinsamen Leitbildes für die zukünftige Landschaft durch die einheimische Bevölkerung sowie die Erhaltung der Kulturlandschaft als Lebensraum, Naturraum, Wirtschaftsraum, Tourismusgebiet und Heimat. Ziel sollen konkrete Maßnahmen in der Landschaft zu deren nachhaltigen Gestaltung sein. Bei der zweiten Abendveranstaltung (23. November 2009) fanden sich rund 40 Bürger von Lenzkirch bereit, in mehreren Arbeitsgruppen mit selbst gesetzten Themen im Projekt mitzuarbeiten. Sie sollen sich in den nächsten Monaten in einem selbstbestimmten, aber von den Projektträgern (insbesondere Schwarzwaldverein) begleiteten Prozess Grundlagen zu dem jeweiligen Themenbereich im Lenzkircher Gebiet erarbeiten und daraus Vorschläge für zukünftige Entwicklungen erarbeiten. Folgende Arbeitsgruppen wurden eingerichtet (mit Ansprechpartnern):

Gewässer	Kaiser
Naturschutzgebiet „Ursee“	Kleine / Haderer
Siedlungsstruktur und -entwicklung / Gewerbe	W. Matt / H.-P. Kleiser / Knospe
Wald	Schellbach / Bach
Gegliedertes / strukturiertes Offen- bzw. Grünland / Landwirtschaft	Schneider
Gliedernde Landschaftselemente (Hecken, Einzelbäume etc.)	Bach / Büchner
Berge / Wandern / Aussichten	Fritsche / Schwarzwaldverein
(Landschafts-)Geschichte	E. Maier / Ellwanger

Mittlerweile haben die Aktivitäten abgenommen. Manche Arbeitsgruppe ist mit ihrer Arbeit fertig, von anderen hört man nichts mehr.

Einschätzung:

Die vorgesehene professionelle Moderation ließ sich aus finanziellen Gründen erst sehr spät einrichten. Die Unklarheit über die Projektführung hat der Arbeit nicht gut getan. Mittlerweile haben die Aktivitäten der Arbeitsgruppen abgenommen. Im Abschlussbericht werden einige sinnvolle Vorschläge stehen, mit denen andernorts bereits gute Erfahrungen gemacht wurden (MELAP/Innenentwicklung, Heckenpflege etc.). Weiter geht die Idee, über eine virtuelle Flurbereinigung eine Verbesserung der Bewirtschaftung unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten zu erreichen. In einem Ortsteil hat sich als Folge des Projekts ein neues „Wir-Gefühl“ gebildet, das aber auf diesen Teilort beschränkt bleibt.

Die Idee, als Pilotprojekt könnte das Projekt und seine Ergebnisse wertvoll werden, um auf regionaler Ebene der Bevölkerung das Thema „Erhaltung und Fortentwicklung der Kulturlandschaft“ (und damit auch des Naturschutzes) nahe zu bringen und sie auf die eigene Verantwortung aufmerksam zu machen, hat nur bedingt funktioniert.

Ansätze für weitere Aktivitäten des LNV:

Derzeit keine.

Projektsteckbrief:

www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/42629/Kulturlandschaft_RP_Freiburg-Projektsteckbrief.pdf?command=downloadContent&filename=Kulturlandschaft_RP_Freiburg-Projektsteckbrief.pdf

Kulturlandschaft für morgen gestalten – Kleinstadtleben (laufend)

LNV-Vertreter: Keiner
Federführung: Ulrike Kessler, Regierungspräsidium Tübingen
Vorsitzender: Hermann Strampfer, Regierungspräsidium Tübingen
Co-Vorsitzender: Wolfgang Riehle, Architektenkammer Baden-Württemberg

Das Projekt wurde auf Initiative des Schwäbischen Albvereins vom LNV vorgeschlagen.

Hintergrund: Kleinstädte sind im ländlichen Raum wichtige Knoten im Siedlungsgefüge. Sie sind unverzichtbar für den Erhalt ausgewogener Lebensverhältnisse, für die Lebensqualität und die regionale Identität der Menschen und sie sind Garanten für die wohnortnahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistung.

Allerdings lässt sich aufgrund veränderter Konsum-, Mobilitäts- und Lebensgewohnheiten vielerorts ein Ausbluten der Versorgungsfunktionen beobachten. Sinkende Nachfrage, ein reduziertes Angebot öffentlicher und privater Dienstleistungen, daraus resultierende Leerstände und fehlende Investitionsbereitschaft privater Eigentümer bilden oft einen Teufelskreis. Angesichts der zu erwartenden Auswirkungen des demographischen Wandels im ländlichen Raum müssen neue Ansatzpunkte identifiziert werden, wie dieser Entwicklung in einer integrierten Vorgehensweise begegnet werden kann.

Ziel des Projektes ist es, praxisorientiert sowie am Beispiel der Arbeit in Modellkommunen Strategien zu entwickeln, wie die Kleinstädte in ihrer wohnortnahen Versorgungsfunktion unterstützt werden können, wie das Wohnen wieder in die Stadt- und Ortskerne zurückgeholt und diese damit über die Öffnungszeiten der Einzelhandelsgeschäfte hinaus belebt werden können und wie diese Wirkung durch zusätzliche innerstädtische Magnete (Gastronomie, Kultur-, Freizeit- und Dienstleistungsangebote) noch verstärkt werden kann.

Einschätzung:

Ein Umweltbezug ist zum einen hinsichtlich der Verkehrsvermeidung gegeben. Wenn die Einrichtungen der Grundversorgung vor Ort oder in der Nähe vorhanden sind, muss weniger gefahren werden. Zum anderen will das Projekt die Innenentwicklung stärken, indem die Ortskerne belebt werden. Ob das Projekt konkrete und umsetzbare Maßnahmen hervorbringt, wird sich zeigen.

Ansätze für weitere Aktivitäten des LNV:

Derzeit keine

Projektsteckbrief:

www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/42625/Kulturlandschaft_RP_Tuebingen-Projektsteckbrief.pdf?command=downloadContent&filename=Kulturlandschaft_RP_Tuebingen-Projektsteckbrief.pdf

Strategie für einen lärmarmen Verdichtungsraum (laufend)

LNV-Vertreter:	Herr Korn, Verkehrsclub Deutschland
Federführung:	Dr. Udo Weese, Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
Vorsitzender:	Josef Kreuzberger, Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
Co-Vorsitzender:	OB a. D. Hermann Vogler, Regionalverband Bodensee-Oberschwaben

Hintergrund: Lärm ist eines der zentralen Umweltprobleme und wird von der Bevölkerung häufig als der zentrale Belastungsfaktor empfunden. Dabei stehen vor allem der Straßenverkehr, aber auch der Schienen- und Flugverkehr im Brennpunkt der Diskussion. Beispielhaft soll die Strategie im Ballungsraum um Ravensburg konkretisiert werden.

Ziel: Um Lärmbelastungen zu verringern, sollen im Rahmen des Projekts neue Ansätze, bevorzugt im nicht-investiven Bereich, entwickelt werden. Die Netzstruktur der Hauptlärmquelle Straßenverkehr legt hierbei nahe, bei der Lärmaktionsplanung einen regionalen Ansatz zu verfolgen. Durch eine regionale Zusammenarbeit von Kommunen wird es möglich, die Vor- und Nachteile von Maßnahmen wie Verkehrslenkungen oder -beschränkungen und damit verbundene Verkehrsverlagerungen einvernehmlich abzuwägen und gemeinsame Lösungen zu suchen.

In der Projektgruppe wird deshalb ein regionaler Ansatz der Lärmaktionsplanung verfolgt. Dieser erlaubt es, die überörtliche fachliche Dimension der Lärmaktionsplanung sachgerecht zu erfassen, die fachlichen Ressourcen zu bündeln und die Kosten der Lärmaktionsplanung gegenüber unabhängigen Einzelplanungen zu reduzieren. Unterschiedliche Maßnahmenvorschläge können so in Bezug auf ihre Geeignetheit und gegenseitige Wechselwirkungen bewertet und die verschiedenen Interessen und Gesichtspunkte sachgerecht abgewogen werden. Es ist geplant, einen Leitfaden für einen regionalen Ansatz bei der Lärmaktionsplanung zu erarbeiten.

Einschätzung:

Angesichts der bisherigen Erfahrungen mit Lärmschutzstrategien erscheint es fraglich, ob wesentliche Erfolge erreicht werden können, zumal investive Maßnahmen nicht im Vordergrund stehen. Den Versuch ist es allemal wert. Ob das Projekt konkrete und umsetzbare Maßnahmen hervorbringt, wird sich zeigen.

Ansätze für weitere Aktivitäten des LNV:

Derzeit keine

Projektsteckbrief:

http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/42606/Laermarmer_Verdichtungsraum_Projektsteckbrief.pdf?command=downloadContent&filename=Laermarmer_Verdichtungsraum_Projektsteckbrief.pdf

Klimawandel und biologische Vielfalt (abgeschlossen)

LNV-Vertreter: Dr. Gerhard Bronner, Michael Koltzenburg, Peter Lutz, Prof. Dieter Rodi
Federführung: Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz
Vorsitzender: Max Reger, Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz
Co-Vorsitzender: Dr. Andre Baumann, NABU-Vorsitzender

Das Thema wurde in drei Arbeitsgruppen diskutiert mit den folgenden Titeln:
Chancen des Klimawandels für die Flora und Fauna Baden-Württembergs
Konsequenzen des Klimawandels – Besonderer Handlungsbedarf für Lebensräume
Gefahren des Klimawandels: Veränderungen im Artenspektrum.

Als Ergebnis werden fünf zentrale Empfehlungen für die Anpassung von Naturschutzstrategien an den Klimawandel ausgesprochen, die grundsätzlich Eingang finden sollen in das zukünftige Naturschutzhandeln des Landes Baden-Württemberg. Es handelt sich um die folgenden Empfehlungen:

Empfehlung 1: Optionsvielfalt ermöglichen - dynamische Prozesse fördern und steuern

Insbesondere bei Wäldern und bei Gewässern soll mehr Dynamik ermöglicht werden, um eine natürliche Anpassung von wertvollen Lebensräumen an den Klimawandel zu begünstigen. Unberührt bleiben agrarische Lebensräume, die weiterhin einer Pflege bedürfen.

Empfehlung 2: Biotopverbund – Wanderungen ermöglichen

Im Zuge des Klimawandels sind wesentliche Verschiebungen der Verbreitungsareale von Arten zu erwarten. Damit neue Areale auch besiedelt werden können, sind geeignete Wanderkorridore und Trittsteinbiotope nötig. Sie sollen durch den gesetzlich vorgeschriebenen Biotopverbund dort, wo sie noch fehlen, eingerichtet werden.

Empfehlung 3: Wasserhaushalt stabilisieren – empfindliche Biotope schützen

Durch den Klimawandel und die regionale Ausdehnung von Trockenzonen können wassergeprägte Lebensräume unter Druck geraten. Umso wichtiger ist es, zusätzlichen Druck durch Entwässerung abzubauen. Auch als Vermeidungsmaßnahme gegen Klimawandel sollten Moorböden – wo technisch möglich – wieder vernässt werden.

Empfehlung 4: Neobiota, Invasoren und gesundheitsgefährdende Arten erfassen und bewerten

Um Risiken für die einheimischen Arten und die menschliche Gesundheit frühzeitig begegnen zu können, soll die Einwanderung von Arten genauer beobachtet und bei Bedarf gesteuert oder bekämpft werden. Insbesondere bei wärmeliebenden Krankheitserregern sind neue Gefahren zu befürchten.

Empfehlung 5: Informieren und kommunizieren

Das Thema „Klimawandel und biologische Vielfalt“ soll breit kommuniziert werden.

Zur konkreten Umsetzung der Strategieansätze wurden drei Projektideen entwickelt

Projekt 1: Regionales Moorentwicklungskonzept – Nachhaltige Entwicklung der Moore vor dem Hintergrund prognostizierter Klimaveränderungen

In einem regionalen Kontext (Landkreis Ravensburg) sollen zusammen mit Nutzern, Verbänden und Behörden die wesentlichen Defizite im Moorschutz aufgearbeitet und Handlungsfelder benannt werden. Das Entwicklungskonzept soll durch eine Pilotphase im Arrisrieder Moos in der erste Maßnahmen erprobt und abgerundet werden. Dies ermöglicht zum einen eine zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit, zum anderen können projektierte Maßnahmen evaluiert und neue Erkenntnisse für eine landesweite Übertragbarkeit gesammelt werden.

Die einzelnen Arbeitsschritte des Projektes sollen unter Federführung der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen in einer regionalen Lenkungsgruppe abgestimmt werden. Durch diesen partizipativen Ansatz können Umsetzungshemmnisse abgebaut und die Strategieziele nachhaltig kommuniziert werden.

Projekt 2: Chancen und Gefahren des Klimawandels für die biologische Vielfalt in Baden-Württemberg durch Veränderungen im Artenspektrum – Erarbeitung eines Handlungskonzeptes (Erstnachweis, Risikoeinstufung, Invasionspotenzial) und von Maßnahmenvorschlägen

Es soll eine Strategie zum Umgang mit einwandernden Arten und zur Gefährdungsabschätzung erarbeitet werden.

Projekt 3: Sonderausstellung am Staatlichen Museum für Naturkunde Stuttgart (SMNS): "Gradwanderung – Klima im Wandel"

Ziel der Sonderausstellung ist es, die Besucher über den globalen Klimawandel zu den Problemen vor der eigenen Haustür zu führen und damit eine direkte Betroffenheit und Sensibilisierung auszulösen. Als Ausstellungszeitraum ist September 2010 bis März 2011 vorgesehen. Um eine angemessene Präsentation des umfangreichen Themas zu gewährleisten, sollen sowohl die Sonderausstellungsflächen im Museum am Löwentor als auch im Schloss Rosenstein genutzt werden.

Einschätzung:

Nach Ansicht des LNV sind die Veränderungen durch den Klimawandel nicht das drängendste Thema des Naturschutzes in Baden-Württemberg. Insbesondere macht der Klimawandel keinesfalls klassischen flächenbezogenen Naturschutz obsolet. Wenn durch die Intensivierung der Landwirtschaft und die ressourcenbedingte Vernachlässigung von Pflichtaufgaben Biotop quadrateilometerweise verloren gehen, sind klimabedingte Arealverschiebungen von Arten zwar auch bedeutsam, stehen aber nicht an erster Stelle. Trotzdem sind die Projektempfehlungen für sich genommen sinnvoll.

Unter den Projekten erscheint langfristig insbesondere das Moortheema relevant. Auch außerhalb der Nachhaltigkeitsstrategie soll die Thematik Freisetzung von Klimagasen aus entwässerten Mooren im Rahmen der Umweltforschung bearbeitet werden – unter anderem auf Initiative des LNV.

Die Klimaexposition ist mittlerweile realisiert und erfreut sich guter Besucherzahlen.

Ansätze für weitere Aktivitäten des LNV:

Neben der Unterstützung der Moorrenaturierung sollte es insbesondere Aufgabe des LNV sein, die im Projekt nicht behandelten Aspekte des Naturschutzes in der Diskussion zu halten. Dies geschieht durch die Mitarbeit in der Neufassung der Naturschutzstrategie des Landes.

Prioritäten werden dabei gesehen

- bei der flächendeckenden Einrichtung von Landschaftserhaltungsverbänden,
- der Qualitätssicherung der Naturschutzarbeit auf der Ebene der Landkreise,
- der Einrichtung eines Monitoringsystems,
- dem Stopp des Verlustes von artenreichem Grünland durch die Intensivierung der Landwirtschaft.

Abschlussbericht:

[http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35970/Klimawandel und biologische Vielfalt Abschlussbericht.pdf?command=downloadContent&filename=Klimawandel und biologische Vielfalt Abschlussbericht.pdf](http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35970/Klimawandel_und_biologische_Vielfalt_Abschlussbericht.pdf?command=downloadContent&filename=Klimawandel_und_biologische_Vielfalt_Abschlussbericht.pdf)

Strategiepapiere:

[http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35970/ Klima und Biodiv%20Strategiepapier TeilA Managementfassung.pdf?command=downloadContent&filename= Klima und Biodiv%20Strategiepapier TeilA Managementfassung.pdf](http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35970/_Klima_und_Biodiv%20Strategiepapier_TeilA_Managementfassung.pdf?command=downloadContent&filename=_Klima_und_Biodiv%20Strategiepapier_TeilA_Managementfassung.pdf)

[http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35970/ Klima und Biodiv Strategiepapier TeilB.pdf?command=downloadContent&filename= Klima und Biodiv Strategiepapier TeilB.pdf](http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35970/_Klima_und_Biodiv_Strategiepapier_TeilB.pdf?command=downloadContent&filename=_Klima_und_Biodiv_Strategiepapier_TeilB.pdf)

[http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35970/Klima und Biodiv %20Strategiepapier TeilC Materialsammlung.pdf?command=downloadContent&filename=Klima und Biodiv %20Strategiepapier TeilC Materialsammlung.pdf](http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35970/Klima_und_Biodiv_%20Strategiepapier_TeilC_Materialsammlung.pdf?command=downloadContent&filename=Klima_und_Biodiv_%20Strategiepapier_TeilC_Materialsammlung.pdf)

Unsere Bäche und Flüsse – die Lebensadern Baden-Württembergs (abgeschlossen)

LNV-Vertreter:	Wolfgang Reuther, Reinhard Sosat, beide Landesfischereiverband
Federführung:	Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
Vorsitzender:	Peter Fuhrmann, Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
Co-Vorsitzender:	Prof. Dr. Werner Konold, Universität Freiburg

Das Projekt verfolgt das Ziel, die Gewässer den Menschen wieder vertrauter zu machen. Es werden Netzwerke initiiert, um den nachhaltigen Umgang mit den Gewässern voranzubringen. Durch Bildung und Aufklärung wird ein vertieftes Bewusstsein gefördert für den Schutz unserer heimatlichen Gewässer.

Die im Rahmen des Projektes geschaffene Internetplattform soll als zentrale Anlaufstelle zum Thema Bewusstseinsbildung für unsere Gewässer als öffentliches Internetnetzwerk ausgestaltet werden. So soll es der interessierten Öffentlichkeit möglich sein, sich über bestehende Materialien und Aktionen zu informieren und sich anhand einer Übersichtskarte einen Überblick zu verschaffen über die Vielzahl an Aktivitäten und Ansprechpartner in den einzelnen Regionen.

Der weitere Aufbau dieser Homepage und das Zugänglichmachen von Informationen und Materialien für die Öffentlichkeit ist daher ein zentraler Projektvorschlag der Projektgruppe. In der Projektarbeitsphase - April 2007 bis September 2008 - wurden Netzwerke aufgebaut, von denen drei fortgeführt und ausgebaut werden sollen:

- A) Von Fischen und Frachtern - Gewässerpädagogik am Neckar von der Quelle bis zur Mündung
- B) Ansprechpartner Gewässerpädagogik - Kompetenz in der Fläche
- C) Maßnahmenorientierte Gewässerpädagogik – Donau (Hundersingen-Binzwanen)

Darüber hinaus hat die Arbeitsgruppe vorgeschlagen, Umweltbildung ins Wassergesetz aufzunehmen als öffentlichen Auftrag analog der Regelung im Waldgesetz. Die positiven Erfahrungen in der Forstverwaltung mit der Waldpädagogik belegt die Wirksamkeit eines gesetzlichen Auftrags.

Einschätzung:

Welchen Beitrag eine neue Internetplattform für den konkreten Schutz der Gewässer leisten kann, sei dahingestellt. Der Ausbau der Gewässerpädagogik und ihre gesetzliche Verankerung ist sicher sinnvoll, wobei offen ist, woher nach all den Verwaltungsreformen das Personal kommen soll. Eventuell wäre der ehrenamtliche Ansatz (analog zu Alb-Guides, Schwarzwald-Guides) gangbar. Ob ein gesteigertes gesellschaftliches Bewusstsein für die Gewässer die bisherigen Hemmnisse für Gewässerentwicklung – fehlende Finanzmittel und Interessenkollisionen mit der Landwirtschaft – aufheben kann, ist offen.

Ansätze für weitere Aktivitäten des LNV:

Zum engeren Projektinhalt derzeit keine. Ansonsten sollte weiterhin Lobbyarbeit für eine Beschleunigung der Gewässerentwicklung betrieben werden.

Abschlussbericht:

http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35966/Baeche_und_Fluesse_Abschlussbericht.pdf?command=downloadContent&filename=Baeche_und_Fluesse_Abschlussbericht.pdf

Nachhaltiger Konsum (laufend)

LNV-Vertreter:	Marta Wachowiak, Forschungsstelle der Ev. Studiengemeinschaft (FEST)
Federführung:	Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz
Vorsitzender:	Jürgen Maier, Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz
Co-Vorsitzender:	Dr. Clemens Dirscherl, Evangelische Kirche

Die Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg nennt im Zielbereich „Wirtschaft und Konsum“ drei Unterziele. Eines dieser Unterziele ist die nachhaltige Ausrichtung des Konsums. Für die Realisierung des Maßnahmenbündels unter Punkt 2 („Förderung des Verbraucherbewusstseins“) hat das Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz (MLR) ein Projekt „Nachhaltiger Konsum“ gestartet, das relevante gesellschaftliche Akteure einbindet. Bei einer konstituierenden Sitzung am 23.07.2009 mit über 40 Teilnehmern aus Verbänden, Wirtschaft und Verwaltung wurden die Projektziele diskutiert und die Ziele des Projekts gemeinsam ausdifferenziert.

In den Arbeitstreffen der Projektgruppe ergab sich zunächst ein Bedarf an aktuellen Daten zur Einschätzung des Themas „Nachhaltiger Konsum“ durch die baden-württembergische Bevölkerung. Das Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz hat daraufhin eine repräsentative Befragung der Bevölkerung in Auftrag gegeben. Diese ergab unter anderem, dass über 50 % der Bevölkerung oft oder fast immer und 30 % gelegentlich soziale und ökologische Aspekte beim Einkauf berücksichtigen. Als Hauptgründe für die Zurückhaltung beim Kauf nachhaltiger Produkte wurden eigene Gewohnheiten, der Preis dieser Produkte und mangelndes Wissen angegeben. Eine Zusammenfassung der Studie kann unter www.jetzt-das-morgen-gestalten.de und www.verbraucherportal-bw.de abgerufen werden. Die Ergebnisse dienen der weiteren Arbeit und der Zielformulierung in der Projektgruppe.

(Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg 2007 bis 2010, Statusbericht der Geschäftsführung, S. 44.)

Das wesentliche Ziel der letzten Sitzung am 25. Oktober 2010 war die Festlegung des weiteren Vorgehens, um einen Antrag bei der Nachhaltigkeitskonferenz 2011 einreichen zu können. Der Vorsitzende Jürgen Maier berichtete aus der Sitzung der Strategischen Koordinierungsgruppe der Nachhaltigkeitsstrategie, die am 03.05.2010 stattfand. Die Zwischenberichte der laufenden Projekte – darunter das Projekt „Nachhaltiger Konsum“ – wurden zur Kenntnis genommen. Im Jahr 2011 werden von der Nachhaltigkeitskonferenz noch Mittel bewilligt. Ein Projektantrag ist dann noch möglich. Diese Projekte können dann mit einer entsprechenden Laufzeit von 12-18 Monaten noch zu Ende geführt werden.

Im Projekt „Nachhaltiger Konsum“ existieren zurzeit folgende Arbeitsgruppen:

Gruppe 1: Verkaufsstand nachhaltiger Konsum

Das Pilotprojekt "Fairtastic" der Schülerinnen des Klettgau-Gymnasiums Tiengen (KGT) ist seit den Sommerferien mit einem kleinen, aber erprobten Sortiment an Speisen und Getränken sehr gut angelaufen. Als Folgeprojekt soll Unterstützung gewährt werden, um dieses Projekt an ausgewählten weiteren Schulen anzustoßen.

Gruppe 2 Erwachsenenbildung

Als Folgeprojekt soll Personal bei der Umweltakademie bereitgestellt werden, um Multiplikatorenfortbildungen zu organisieren und einen externen Referentenpool zu erstellen (mit angebotenen Themen und Fortbildungen).

Gruppe 3 Unternehmensplattform

Als Folgeprojekt soll eine Internetplattform für nachhaltige Unternehmen und Produkte aus der Region geschaffen werden. Standards, Warenzeichen etc. sind noch in der Diskussion.

Einschätzung:

Nach einem sehr breiten Start ist die Beteiligung an dem Projekt zunehmend abgebröckelt. Eine Reihe von Ideen wurde nicht weiterverfolgt. Verblieben sind die drei genannten Themen, bei denen teilweise der Einfluss von Interessensgruppe sehr stark war.

Das MLR arbeitet derzeit am Antrags-Entwurf für alle Arbeitsgruppen (Grundlagen, Ziele, Hintergrund usw.).

Das Projekt des Verkaufsstandes ist ein nettes lokales Projekt, die Verbreitung wäre erfreulich. Einen wesentlichen Beitrag zur Nachhaltigkeit in Baden-Württemberg wird es aber kaum leisten können.

Beim zweiten Thema scheint es fraglich, ob es solch große Defizite bei der Kenntnis von Referenten und ihrer Fortbildung gibt, dass hierfür mehrjährig Personal eingestellt werden soll.

Die Unternehmensinternetplattform wirft die Frage auf, ob hier eher Nachhaltigkeits- oder Marketingaspekte im Vordergrund stehen. Ob sie auf merkliches Interesse stoßen würde, ist ebenso offen.

Insgesamt ist das Ergebnis der Projektes eher ernüchternd; es wird wohl keinen merklichen Beitrag zum nachhaltigen Konsum im Land liefern.

Ansätze für weitere Aktivitäten des LNV:

derzeit keine

Projektsteckbrief:

<http://www2.um.baden->

[wuerttemberg.de/servlet/is/42613/Nachhaltiger_Konsum_Projektsteckbrief.pdf?command=downloadContent&filename=Nachhaltiger_Konsum_Projektsteckbrief.pdf](http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/42613/Nachhaltiger_Konsum_Projektsteckbrief.pdf?command=downloadContent&filename=Nachhaltiger_Konsum_Projektsteckbrief.pdf)

Weiterentwicklung der Schafhaltung in Baden-Württemberg (abgeschlossen)

LNV-Vertreter: Dr. Gerhard Bronner
Federführung: Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz
Vorsitzender: Joachim Hauck, Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz
Co-Vorsitzender: Alfons Gimber, Landesschafzuchtverband

Schafhaltung ist im Land zwar nur ein untergeordneter Zweig der Landwirtschaft, hat aber wegen der Nutzung von Extensivflächen eine große Bedeutung für die Erhaltung und Pflege von Biotopen. In der heutigen Form ist sie allerdings vielfach nicht rentabel und deshalb nicht langfristig gesichert. Im Projekt werden alle Aspekte diskutiert, die zur Verbesserung des betrieblichen Ergebnisses und zur Aufrechterhaltung der Kulturlandschaftsfunktionen beitragen können.

Dazu gehört unter anderem:

- Sicherung ausreichender Winterweiden
- Sicherung der Triebwege für die Wanderschäfferei
- bessere Ausschöpfung des züchterischen Potenzials
- bessere Fleischproduktion durch intensivere Endmast der Lämmer
- Verbesserungen bei der Tiergesundheit (Parasiten)
- bessere Organisation der Vermarktung
- Imageverbesserung für Schaffleisch
- Optimierung der Förderung durch Agrarumweltprogramme
- Test der Ergebnisse von themenübergreifender Gruppenberatung
- Marktanalyse zur Prüfung von Oligopolstrukturen bei der Wolle

In einem Förderantrag an die Nachhaltigkeitskonferenz sind Vertiefungen dieser Themen enthalten.

Einschätzung

Das zunächst als etwas exotisch eingeschätzte Thema hat sich als sehr produktiv erwiesen. Es ergaben sich gute Kontakte zum Landesschafzuchtverband, der auf agrarpolitischer Ebenen Positionen vertritt, die mit denen des Naturschutzes weitgehend identisch sind.

Als wichtig wird auch eine themenübergreifende Beratung angesehen, damit nicht – wie in der restlichen Landwirtschaft – die betriebswirtschaftliche Verbesserung der Betriebe zum Abbau ihrer landschaftspflegerischen Leistungen führt.

Ansätze für weitere Aktivitäten des LNV:

Erkenntnisse aus dem Projekt sollten in unsere agrarpolitische Arbeit einfließen, z.B. in Vorschläge bei künftigen Fortschreibungen von MEKA und LPR. Bei – realen oder vermeintlichen - lokalen Konfliktfällen zwischen Schäfferei und Naturschutz sollte vermittelt werden.

Projektsteckbrief:

http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/42600/Schafhaltung_Projektsteckbrief.pdf?command=downloadContent&filena me=Schafhaltung_Projektsteckbrief.pdf

Bildung für nachhaltige Entwicklung (abgeschlossen)

LNV-Vertreter: Reiner Ehret
Federführung: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Vorsitzender: Eckhardt Seifert, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport m
Co-Vorsitzender: Sigrid Schell-Straub, LAK Schule für Eine Welt

Anlässlich der UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005 – 2014" wurde dieses Projekt mit sehr breiter Verankerung und zahlreichen Beteiligten eingerichtet. Inhaltlich war das Ziel die Fortschreibung des Aktionsplanes "Zukunft gestalten - Bildung für nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg".

Ziel der Dekade ist es, die Prinzipien nachhaltiger Entwicklung durch Bildungsmaßnahmen weltweit in den nationalen Bildungssystemen zu verankern. Die abstrakte Idee einer nachhaltigen Entwicklung soll zur Realität für die Menschen dieser Erde werden.

Im Rahmen der Nachhaltigkeitskonferenz 2008 wurden dem Projekt für die zivilgesellschaftliche Erweiterung der bestehenden staatlichen Koordinierungsstelle am Ministerium für Kultus, Jugend und Sport sowie für Sachaufwand des Netzwerks Nachhaltigkeit lernen Mittel zur Verfügung gestellt. Die staatliche Koordinierungsstelle wurde durch einen zivilgesellschaftlichen Partner, angesiedelt beim Dachverband Entwicklungspolitik, ergänzt.

Einschätzung:

Gemessen an dem UN-Auftrag, die Themen der nachhaltigen Entwicklung flächendeckend in den Bildungssystemen zu verankern, ist das Projektergebnis eher mager. Weder sind die Lehrpläne der Schulen, die Orientierungspläne der Kindergärten und die Inhalte der universitären Studiengänge systematisch auf Nachhaltigkeitsinhalte geprüft, noch ist der diesbezügliche Handlungsbedarf durch dargestellte oder geeignete Controllinginstrumente etabliert. Völlig fehlt auch eine Wirkungsanalyse der Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Die Bestandsaufnahme der Aktivitäten der Bildung für nachhaltige Entwicklung ist verdienstvoll, aber ob dadurch irgendetwas in der Realität bewegt wird, ist offen.

Ansätze für weitere Aktivitäten des LNV:

Das Thema „Verankerung der Bildung für nachhaltige Entwicklung“ bleibt aktuell. Eventuell könnte im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie ein neues Projekt vorgeschlagen werden, das ganz konkret den Änderungsbedarf an den Vorgaben für Bildungseinrichtungen identifiziert.

Abschlussbericht:

<http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35967/Abschlussbericht.pdf?command=downloadContent&filename=Abschlussbericht.pdf>

Aktionsplan:

http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/35967/Bildung_fuer_nachhaltige_Entwicklung_Aktionsplan_2009.pdf?command=downloadContent&filename=Bildung_fuer_nachhaltige_Entwicklung_Aktionsplan_2009.pdf

Lernen über den Tag hinaus - Bildung für eine zukunftsfähige Welt (laufend)

LNV-Vertreter: Hilde Nittinger
Federführung: Achim Beule, Kultusministerium
Vorsitzender: Sabine Frömke, Kultusministerium
Co-Vorsitzender: Prof. Dr. Seybold

Hintergrund

Die Vereinten Nationen haben die Jahre 2005 - 2014 zur Weltdekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" ausgerufen. Bildung für nachhaltige Entwicklung soll in Baden-Württemberg in allen Lebensabschnitten und vielen Lernorten gestärkt und weiterentwickelt werden. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist im schulischen und außerschulischen Bildungsbereich von Bedeutung. Sie ermöglicht es, von frühester Kindheit an zur Verantwortung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu erziehen und die dazu notwendige Gestaltungskompetenz zu fördern.

Ziel

Um Bildung für nachhaltige Entwicklung flächendeckend am formalen Lernort Schule zu implementieren, sollen Lehrerinnen und Lehrer mit diesem Bildungskonzept vertraut gemacht werden. Im Rahmen des Projekts soll in einem partizipativen Verfahren ein Umsetzungskonzept zur Implementierung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule erarbeitet werden. Kernaufgabe des Projekts soll die Entwicklung von Konzepten und Instrumenten sein, um Bildung für nachhaltige Entwicklung besser am formalen Lernort Schule zu verankern. Die Implementierung kann beispielsweise in Form der Einbindung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in das Leitbild der Schule, einer Verstetigung im Schulcurriculum, einer Einbeziehung des Themas in möglichst viele Fächer und durch neue Formen der Unterrichtsgestaltung erfolgen. Darüber hinaus könnte ein Implementierungskonzept beispielsweise in Form von Modulen entstehen, die fachliche Informationen, strukturelle Maßnahmen, didaktische Anleitungen und konkrete Beispiele enthalten. Eine andere Möglichkeit ist die Stärkung der Zusammenarbeit von Schulen mit externen Partnern. Das entwickelte Umsetzungskonzept soll dann in einem zweiten Schritt in die pädagogische Praxis umgesetzt werden.

Einschätzung:

noch ausstehend

Ansätze für weitere Aktivitäten des LNV:

Derzeit nicht nötig.

Wissen und Nachhaltigkeit (abgeschlossen)

LNV-Vertreter:	Reiner Ehret
Federführung:	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Vorsitzender:	Ministerialdirigent Dr. Heribert Knorr, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Co-Vorsitzender:	Prof. Dr. Achim Bubbenzer, Hochschule Ulm

Ziel des Projektes „Wissen und Nachhaltigkeit“ war es, das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung unter den Jugendlichen in Baden-Württemberg bekannter zu machen und Ideen zu seiner Verwirklichung gemeinsam mit den Jugendlichen zu erarbeiten. Zunächst wurden auf der Grundlage von „Fokusgruppen“ und einer ausführlichen sozialwissenschaftlichen Befragung Lösungsvorschläge recherchiert, wie Jugendliche am besten für das Thema Nachhaltige Entwicklung angesprochen und begeistert werden können.

Neben dem Konzept der „Nachhaltigen Entwicklung“ spielten im Projekt „Wissen und Nachhaltigkeit“ die Themen Technik und Innovation eine besondere Rolle. Insofern sollte das Projekt auch einen Beitrag dazu leisten, das Interesse und die Aufgeschlossenheit von Jugendlichen für Technik und Naturwissenschaften zu fördern.

Die Befragungsergebnisse werden im Internet und in gedruckten Publikationen der Allgemeinheit zugänglich gemacht (in Vorbereitung). Aufbauend auf der Befragung wurden zwei Umsetzungsmaßnahmen entwickelt:

a) Lern- und Informationsplattform im Internet:

Der jugendlichen Zielgruppe bieten sich hier Kommunikationsmöglichkeiten, Hintergrundinformationen und regional angepasste konkrete Hinweise für eigenes nachhaltiges Handeln. Das Angebot wird gemeinsam mit den Nutzern konzipiert und aktualisiert. Das Konzept der Internetplattform wurde im Rahmen der Projektgruppe entwickelt. Das Angebot mit dem Domain-Namen www.wir-ernten-was-wir-saeen.de ist in seiner Grundstruktur fertig gestellt. Die Internetplattform wird nun zunächst durch eine geschlossene Benutzergruppe von Jugendlichen getestet und weiterentwickelt und soll ab September 2009 allgemein online zugänglich sein.

b) Veranstaltung für Jugendliche im 1. Quartal 2010:

Die Veranstaltung (im Projektantrag als „Schülergipfel“ bezeichnet) im Vorfeld von Nachhaltigkeitskonferenz und -kongress 2010 war als eine Diskussionsplattform an verschiedenen Orten gedacht, die durch Videoübertragung miteinander verbunden sind. Die Veranstaltung sollte einen Zielpunkt für das Engagement der Schülerinnen und Schüler bieten, zugleich gelungene Projekte von Jugendlichen für das Ziel der Nachhaltigen Entwicklung publik machen und zudem einen Input für weitere Aktivitäten im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie liefern.

Einschätzung:

Die Relevanz für die Nachhaltigkeit ist offen. Die These, eine Heranführung der Jugend an Technik und Innovation sei gleichbedeutend mit Interesse für nachhaltige Entwicklung, ist zumindest fragwürdig. Ebenso fragwürdig ist, ob noch eine neue Nachhaltigkeitshomepage einen realen Effekt erzielt. Von daher wäre eine Auswertung der Nutzerzahlen sinnvoll.

Ansätze für weitere Aktivitäten des LNV:

keine

Abschlussbericht:

http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/40214/Wissen_und_Nachhaltigkeit_Abschlussbericht.pdf?command=downloadContent&filename=Wissen_und_Nachhaltigkeit_Abschlussbericht.pdf

Mobilitätsmanagement – Aufbau von Mobilitätsnetzwerken (laufend)

LNV-Vertreter:	keiner
Federführung:	Volkhard Malik, Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
Vorsitzender:	Elmar Steinbacher, Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
Co-Vorsitzender:	Rainer Specht, Städtetag

Hintergrund: Mobilität ist ein Grundbedürfnis einer modernen Gesellschaft. Die nachhaltige Entwicklung von Mobilität berührt nicht nur verkehrliche Fragen, sondern hat auch direkte Anknüpfungspunkte zu Themen wie Klimaschutz, Stadtentwicklung einschließlich Stärkung der Innenentwicklung, demografischer Wandel und Zusammenleben von Generationen.

Ziel des Projekts ist es, bereits bestehende Informations- und Beratungsangebote besser zu vernetzen und damit effizienter und nachhaltiger zu gestalten. Im Rahmen der Projektarbeit soll untersucht werden, inwieweit der Aufbau eines landesweiten Mobilitätsberatungs- und Informationsnetzwerks möglich ist. Innerhalb der umfassenden Thematik nachhaltige Mobilität soll zunächst das Projekt „Mobilitätsmanagement – Aufbau von Mobilitätsnetzwerken“ verwirklicht werden. Mobilitätsmanagement umfasst alle Maßnahmen, die durch systematische und gezielte Information, Beratung, Motivation und Bildung bestimmte Zielgruppen besser in die Lage versetzen, ihre individuellen Mobilitätsbedürfnisse auf möglichst umwelt- und sozialverträgliche Weise kostengünstig zu organisieren.

Die folgenden Handlungsfelder werden dabei für wichtig erachtet:

Information und Beratung

Mobilitätspädagogik

Stärkung des Umweltverbunds

Unterstützung umweltfreundlicher Angebote für den Individualverkehr sowie

spezielle Mobilitätserfordernisse, z. B. unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung oder der Anforderungen des Freizeitverkehrs.

Einschätzung:

Noch nicht möglich

Ökologische Denkmalpflege (laufend)

LNV-Vertreter:	keiner
Federführung:	Herr Menold, Wirtschaftsministerium
Vorsitzender:	Ministerialdirigentin Kristin Keßler, Wirtschaftsministerium
Co-Vorsitzender:	Dr. Heiner Giese, Bischöfliches Bauamt, Diözese Rottenburg-Stuttgart

Hintergrund: Eine Verbesserung der Energieeffizienz und Ressourcenschonung ist bei Baukulturdenkmälern ein zunehmend aktuelles Thema. Eine frühzeitige Beratung, die Erstellung denkmalorientierter Energiekonzepte sowie deren effiziente und wirtschaftliche Umsetzung sollen zur nachhaltigen Sicherung und Nutzung von Baukulturdenkmälern beitragen.

Ziel des Projekts ist es, denkmalpflegerische und ökologische Belange so zu bündeln und zu verstetigen, dass Verfahren angeboten werden können, die beide Bereiche gleichwertig berücksichtigen und es ermöglichen, bauliche Maßnahmen zeitnah zu realisieren.

Das Projekt soll Maßnahmen und Initiativen zu Denkmalschutz, Bestandsentwicklung, Energieeinspar- und Umweltengagement frühzeitig vernetzen und unter Beachtung von denkmal- und ökologischen Aspekten konkrete interdisziplinäre Instrumente und Maßnahmenpakete erarbeiten. Bestandteil hiervon können präventive Beratung und Analysen in der Frühphase von Projekten sein, bei denen Potenziale und Grenzen ausgelotet und alle Anforderungen über ein reflektiertes Konzept integriert werden. Kernbereiche eines ganzheitlichen Verfahrens wären die Initialberatung, die Schulung von Beratungspartnern, die Erstellung von Energieanalysen, die Beratung von historischen Belangen, der Entwurf eines Konzeptes, die Genehmigung einer Maßnahme, die Ausführungsplanung, die Finanzierung, die Umsetzung und dessen Evaluation.

Einschätzung:

Noch nicht möglich

Stuttgart, 07.04.2011, aktualisiert am 02.05.2011

gez. Dr. Gerhard Bronner

mit Beiträgen von: Marta Wachowiak, Reiner Ehret, Peter Lutz